

DIE ZUKUNFT EUROPAS



INTERVIEW
Diversität
als Erfolgsfaktor

Seite 4



STEIERMARK
Steiermark bei Export
und F&E top

Seite 11

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

Neue Verpackungsregelungen aus Brüssel – Status quo und Ausblick

Von Zielkonflikten, Kaffeekapselverboten und anderen Unwägbarkeiten.

Die europäische Legislativmaschinerie läuft nach der Sommerpause auf Hochtouren weiter – kaum ein Dossier ist dabei so präsent wie der Kommissionsvorschlag zur Verpackungsverordnung. Aus Sicht der Industrie stehen hier ambitionierte Zielsetzungen praxisfernen bzw. ineffizienten und überdetaillierten Regelungsansätzen gegenüber. Anekdotisches i-Tüpfelchen war hierbei der ursprüngliche Vorschlag, dass u.a. Kaffeekapseln kompostierbar zu sein haben.

Intendierte positive Effekte auf Umwelt und Binnenmarkt werden durch gewisse Bestimmungen des Entwurfs teils gänzlich konterkariert. Wichtig wäre etwa, erstens, Re-Use- und Recyclingansätze sowie unterschiedliche Stoffströme nicht gegeneinander auszuspielen, sondern komplementär unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten zu forcieren, zweitens die Vielzahl von Bestimmungen, die mittels delegierter Rechtsakte konkretisiert werden sollen, in enger Abstimmung mit relevanten Stake-

holdern aus der Industrie zu entwickeln und drittens national gut funktionierende Systeme zur Sammlung von Abfallströmen weiterhin zu ermöglichen.

Rezente Diskussionen in Parlament und Rat verdeutlichen diese Eckpunkte

Auf Ebene des Europäischen Parlaments haben sich gleich vier Ausschüsse der Verordnung angenommen und im Laufe des Sommers ihre jeweiligen Positionen verhandelt. Die Abstimmung im federführenden Ausschuss (ENVI) ist für den 20. September anberaumt, eine Abstimmung im Plenum könnte darauf folgend im Oktober über die Bühne gehen. Bei Durchsicht der Positionen ergibt sich ein zwiespaltiges Bild: Einerseits gibt es erfreuliche Ansätze zur Verbesserung des Kommissionsvorschlags, wie etwa eine Ausweitung der Teilhabe von Stakeholdern (in einem sogenannten Packaging Forum), Vereinfachungen bei der Berechnung von Leerräumen bei Transportverpackungen sowie die Einschränkung der Gestaltungsmacht der Kommission durch die Festsetzung von

Fristen und längere Übergangszeiten für delegierte Rechtsakte. Andererseits werden erfolgreiche bestehende Systeme, wie etwa in Österreich seit vielen Jahren etabliert, zu wenig berücksichtigt.

Die Verhandlungen der Mitgliedstaaten im Rat gehen hingegen weniger zügig voran. Die derzeit amtierende spanische Ratspräsidentschaft scheint das Dossier nicht zu ihren Prioritäten zu zählen, und so bleibt unklar, wann mit einer Ratsposition und somit einem Abschluss des Prozesses gerechnet werden kann.

Zumindest eines scheint jedoch bereits festzustehen: Aluminiumkapseln für den Kaffee bleiben uns erhalten, da sowohl im Parlament als auch im Rat die entsprechende Bestimmung aus dem Kommissionsvorschlag entfernt wurde.



Neue Bereichsleiter in der Industriellenvereinigung



GUDRUN FEUCHT

Mit 1. Oktober wird Gudrun Feucht Leiterin des Bereichs Bildung und Gesellschaft. Gudrun Feucht ist seit 2013 in der Industriellenvereinigung tätig und verantwortet inhaltlich unter anderem die Schwerpunkte Hochschulbildung und berufliche Bildung. Sie ist Geschäftsführerin des Ausschusses für Bildungspolitik und seit 2018 stellvertretende Bereichsleiterin. Sie übernimmt die Bereichsleitung von Christian Friesl, der sich künftig konzeptionellen Aufgaben und Projekten im IV-Generalsekretariat widmet.

IGOR SEKARDI

Die Leitung des Bereichs Internationale Beziehungen & Märkte (IBM) hat mit 1. September Igor Sekardi übernommen. Sekardi hat im Dezember 2013 im Rahmen des Traineeprogramms bei der IV begonnen und ist seit 2015 als Experte im Bereich IBM tätig. Seit dem Jahr 2020 hatte er die Funktion des stellvertretenden Bereichsleiters inne. Er übernimmt die Bereichsleitung von Michael Löwy, der nach 20 Jahren in der IV in die Privatwirtschaft wechselt.



IV-INTERN

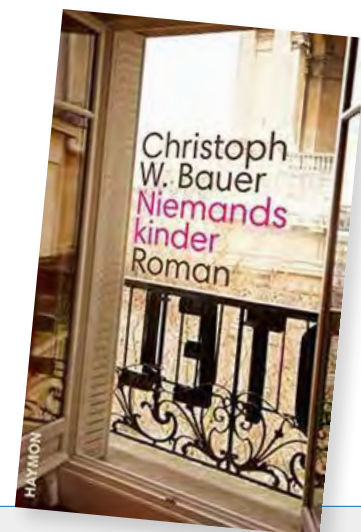
Anton-Wildgans-Preis verliehen

Der renommierte Literaturpreis der Industrie ging heuer an einen gebürtigen Kärntner, der sich literarisch im Grenzbereich zwischen Historiografie und Fiktion bewegt.

Im Haus der Industrie überreichte IV-Generalsekretär Christoph Neumayer Mitte September den renommierten „Literaturpreis der Österreichischen Industrie – Anton Wildgans“. Die von der österreichischen Industrie gestiftete und mit 15.000 Euro dotierte Auszeichnung ging heuer an den Schriftsteller Christoph W. Bauer. Der gebürtige Kärntner lebt heute in Innsbruck und ist in nahezu allen literarischen Genres zu Hause.

„In seinen Prosaarbeiten, die vielfach im Grenzbereich zwischen Historiografie und Fiktion angesiedelt sind, dominieren Geschichten, die er im Alphabet ramponierter oder auch längst verschwundener Häuser ermittelt, sei es in Saint-Denis, sei es in Innsbruck-St. Nikolaus. Und in seinen Gedichten setzt Christoph W. Bauer mit seiner ganz

eigenen Stimme souverän alle nur denkbaren lyrischen Formen ein, um in einer schier endlosen Kette von intertextuellen Bezügen, die von Homer und Catull über Dante, Villon und Borges bis zum Punkrock reichen, immer von Neuem auf ein Spiel mit Möglichkeiten zuzusteuern, das ganz wenig übrig hat für scheinbar unverrückbare Gegebenheiten“, begründete die Jury die Entscheidung für die diesjährige Preisvergabe.



VERLOSUNG

„iv-positionen“ verlost drei signierte Exemplare von Christoph W. Bauers „Niemandes Kinder“ (2019). Um an der Verlosung teilzunehmen, schreiben Sie bitte ein E-Mail an positionen@iv.at

Lasst uns über die Zukunft, nicht immer über neue Steuern reden!

Wie schaffen wir es, dass sich mehr Menschen in Österreich Vermögen aufbauen können; dass hierzulande mehr Wertschöpfung entsteht? Darüber sollten wir reden, und nicht über die Einführung weiterer Steuern, die in Europa aus gutem Grund keine Rolle mehr spielen.



Eines der beschwichtigend gemeinten Argumente der Vermögenssteuerbefürworter in der populistischen Debatte ist besonders verräterisch: Eine Steuer auf hohe Vermögen würde in Österreich ohnehin nur sehr wenige Menschen treffen, suggerieren Teile des politischen Spektrums. Das ist keine gute Nachricht, ganz im Gegenteil: Es ist das Ergebnis einer Politik, die es besonders schwer macht, sich aus der Kraft eigener Anstrengung und Arbeit etwas aufzubauen. Und es ist ein Alarmsignal für Unternehmen und deren Eigentümer – denn offensichtlich muss man dann bei ihnen „zugreifen“, um Einnahmen zu lukrieren.

Österreich hat schon heute ein wenig leistungsfreundliches Steuersystem, das in allen Lebenslagen Abgaben vorsieht und den Faktor Arbeit hoch belastet. Das hat naturgemäß auch Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts, für die die Lohnkosten ein wichtiger Faktor sind. In diesem Umfeld ist es herausfordernd, internationale Talente für Österreich zu gewinnen und so dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken.

Vor diesem Hintergrund ist natürlich jede Debatte um neue Steuern eine absurde Themenverfehlung. Österreich ist bereits jetzt unbestritten ein Hochsteuerland. Die Abgabenquote ist mit 43,5 Prozent die

viertehöchste in der EU. Gleichzeitig gibt es bereits zahlreiche vermögensbezogene Steuern und Abgaben auf Kapital und Luxus, die mit rund 41,5 Milliarden Euro ein Fünftel des gesamten Steueraufkommens einbringen – darunter die Kapitalertragsteuer, die Gewinne aus Wertpapieren mit satten 27,5 Prozent belastet und bei der Abschaffung der Vermögensteuer 1993 als Ausgleich eingeführt wurde.

Unter dem Strich heißt das: Vermögen wird in Österreich bereits besteuert, und zwar dann, wenn es geschaffen wird, sozusagen direkt an der Quelle, und nicht zu knapp. Wenn wir da noch nachlegen, dann riskieren wir nicht nur, für neue, talentierte Arbeitskräfte aus dem Ausland unattraktiv zu sein, sondern dringend benötigte, hoch qualifizierte Fachkräfte zu verlieren, die bereits hier sind. Auch Ausweichbewegungen des Kapitals sind bei der Einführung solcher Steuern hinreichend mit internationalen Beispielen belegt. Dass das eine bittere Pille für den Standort wäre, weil Kapital dann anderenorts investiert wird, liegt auf der Hand. Im europäischen Vergleich ist die Vermögenssteuer kein Zukunftskonzept, sondern ein Auslaufmodell: Österreich hat sie 1994 eingemottet, Deutschland 1997, die Niederlande 2001, Finnland und Luxemburg 2008 und Schweden 2009. Retro-Steuerpolitik liefert keinerlei brauchbare Antwort auf die vielfältigen

Herausforderungen, vor denen wir als Gesellschaft und Wirtschaft stehen.

PS: Wer übrigens glaubt, dass jene, die für die Vermögens- und Abgabensteuer Sturm laufen, diese Einnahmen dann für die Senkung der Steuern auf Arbeit verwenden würden, dem kann und muss dieser naive Glaube genommen werden – denn die Vermögenssteuerapologeten sind genau jene, die in den vergangenen Jahrzehnten eindrucksvoll bewiesen haben, dass Zusatzeinnahmen sofort wieder ausgegeben werden, ohne Steuern in anderen Bereichen zu senken.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

IV-MEINUNG

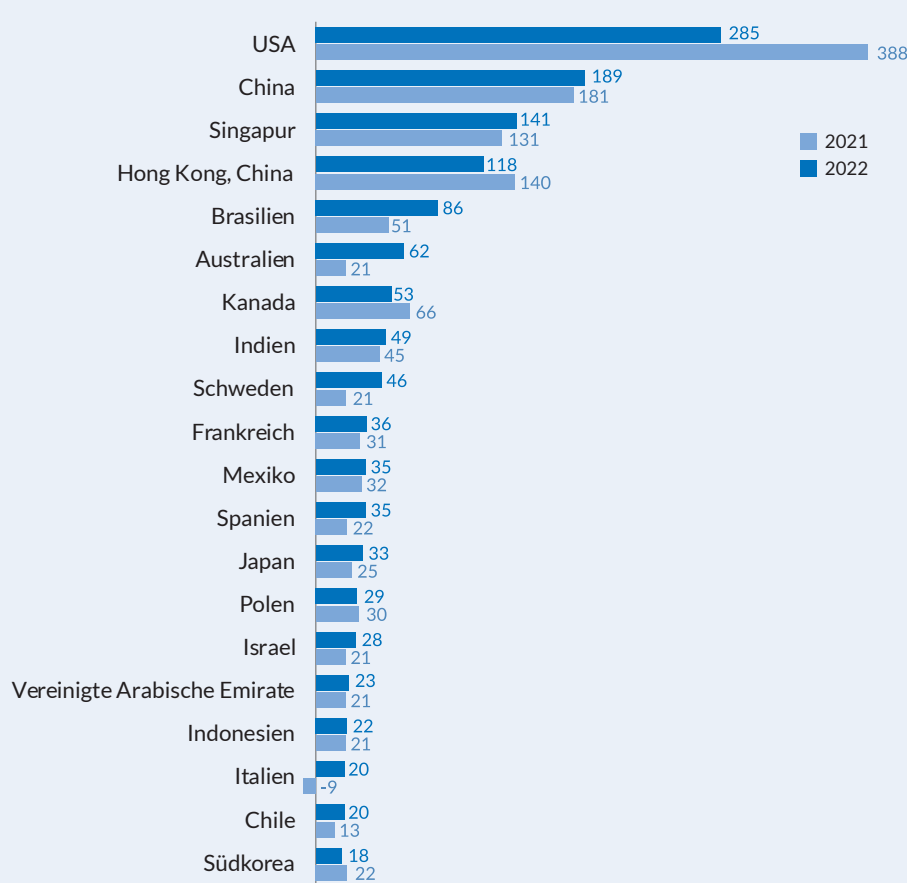
Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 8. September war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at.

AKTUELLES IN KÜRZE

GRAFIK DES MONATS

Europa fällt als Zielregion für Investitionen im internationalen Vergleich weiter zurück. Weltweit gingen die ausländischen Direktinvestitionen 2022 um zwölf Prozent auf 1,3 Billionen Dollar zurück, wie aus dem diesjährigen World Investment Report der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) hervorgeht. Verantwortlich für den Rückgang waren vor allem Europa und die USA; am meisten wurde hingegen in China (mit Hongkong) investiert. In den Entwicklungsländern stiegen die ausländischen Direktinvestitionen um vier Prozent auf 916 Milliarden Dollar, was mehr als 70 Prozent der weltweiten Ströme entspricht und einen Rekordanteil darstellt. Insgesamt zeigen die Entwicklungen einmal mehr, dass Europa in seiner Wettbewerbsfähigkeit zurückfällt und daher aus Sicht der IV dringend an seiner Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen arbeiten sollte – allen voran an der Bekämpfung der hohen Inflation, der hohen Energiepreise und der angespannten Lage am Arbeitsmarkt. Für europäische Produzenten sollten weltweit Handelshürden abgebaut werden (Stichwort EU-Mercosur-Abkommen) – und es braucht mehr Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation.

Ausländische Direktinvestitionen in Milliarden Dollar



ZAHLE DES MONATS

26 Euro

Österreich ist seit 2018 durch die Strompreiszonentrennung zu Deutschland phasenweise vom deutschen Markt entkoppelt, das bedeutet: Sind die Kapazitäten erreicht, muss Österreich Strom aus oftmals teureren Quellen beziehen. Das hat dazu geführt, dass der Strompreis in Österreich 2022 durchschnittlich um 26 Euro pro Megawattstunde höher lag als in Deutschland. Daraus ergibt sich eine zusätzliche Belastung von über einer Milliarde Euro für heimische Verbraucher.

Lösungen für dieses Problem sind der beschleunigte Ausbau von Erzeugungsanlagen und vor allem der Netzinfrastruktur, national wie europäisch. Physische Engpässe müssen behoben werden, um den Strombinnenmarkt zu vollenden.

„Diversität wesentlich für die Wettbewerbsfähigkeit“

Anlässlich des Starts eines Diversitätspreises der Industriellenvereinigung sprechen Infineon-Austria-CEO Sabine Herlitschka und Greiner-CEO Axel Kühner über die Chancen und Herausforderungen von Diversität in Unternehmen.

Mehrere Studien belegen einen Zusammenhang zwischen Diversität und Geschäftserfolg. Sehen Sie das auch in Ihrem Unternehmen?

Sabine Herlitschka: Wir sehen das in unseren Unternehmen, aber vor allem sieht man das schon seit Jahren in Studien und ich bin es gewohnt, evidenzbasiert zu arbeiten. Heute weiß man, dass Wettbewerbsfähigkeit sehr wesentlich durch Diversität unterstützt wird. Warum? Wir arbeiten in der Mikroelektronik an sehr komplexen Fragestellungen; je unterschiedlicher die Leute sind, die darauf schauen – egal ob in Geschlecht, Nationalität, Kultur oder Alter –, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, zu besseren Lösungen zu kommen.

Neben den vielen Vorteilen gibt es sicher auch Herausforderungen, die mehr Vielfalt in Teams mit sich bringt?

Axel Kühner: Wenn man unterschiedlich ist, gibt es immer Diskussionen, und die tun manchmal auch weh. Am Ende sind diese Diskussionen aber gut; das gilt auch im privaten Umfeld. Es braucht manchmal eine Diskussion und unterschiedliche Sichtweisen, um weiterzukommen. Wenn man unterschiedliche Meinungen hat, muss man Dinge erst diskutieren, bevor es losgeht, aber genau das macht es wertvoll.

Herlitschka: Diversität kommt nicht von alleine. Diversität ist Arbeit, da hat Axel

Kühner recht. Es braucht Zeit, es braucht Verständnis, man muss zuhören können. Gleichzeitig beobachte ich aber, dass wir im Vorfeld von Entscheidungen so viel diskutieren und hinterfragen, dass die Entscheidung danach nichts mehr aus der Bahn bringt. Am Anfang dauert es also etwas länger, dafür ist man später viel schneller, weil man ganz viele Aspekte durchdacht hat und damit perfekt vorbereitet ist.

Den Studien zufolge macht Diversität im Topmanagement den größten Unterschied. In Österreich sind die Führungsetagen in großen Unternehmen noch sehr männlich geprägt. Warum ändert sich das so langsam und wie kann man das fördern?

Kühner: Was sind normalerweise die Voraussetzungen, die es braucht, um ins Topmanagement zu kommen? Die Erfahrung ist dabei wichtig. Wenn es aber wenige Frauen gibt, die diese Art von Karrieren machen können, ist es auch schwieriger, Frauen mit einer vergleichbaren Berufserfahrung zu finden. Man muss also bereit sein, diese Wege sehr früh zu fördern und auf der anderen Seite bei der Auswahl auch andere Kriterien anzusetzen. Wenn man bereit ist, die eigenen Kriterien und Profile aufzubrechen, wird es einfacher.

Herlitschka: Von den 56 börsennotierten Unternehmen in Österreich haben wir knapp 200 Vorständinnen und Vorstände,



davon sind nur 17 Frauen. Von diesen 17 sind fünf CFOs und vier CEOs. Das ist heute der Stand in Österreich. Es gibt gute Frauen. Interessant ist, dass diese Frauen bei der Einführung einer Quote auf einmal viel leichter gefunden werden. Ich finde die Quote in Aufsichtsräten gut, in Vorständen aber nicht. Es braucht auch ein starkes unternehmerisches Element. Es muss im Interesse des Unternehmenserfolgs sein, mehr Diversität in den Vorstand zu bringen.

Kühner: Wenn wir neue Technologien fördern wollen, ist es normal, das mit politischer Unterstützung zu machen. Die Energiewende wird auch durch politisch gesteuerte Förderungen angetrieben. Wenn das Ziel das richtige ist, muss man solche Eingriffe manchmal akzeptieren.

Abseits des Geschäftserfolgs – tragen Unternehmen auch eine Verantwortung, die gesellschaftliche Vielfalt abzubilden?

Kühner: Wir alle sind ein integrativer Teil der Gesellschaft und übernehmen damit einen Teil der Verantwortung. Das kommt in Diskussionen oft zu kurz. Es wird dann von „der Wirtschaft“ gesprochen, als wäre das etwas Abstraktes. Wer ist denn nicht Teil der Wirtschaft? Damit sind wir auch mitten in der Gesellschaft und haben Verantwortung, weil viele Menschen in unseren Betrieben arbeiten.

Herlitschka: Genauso ist es, und ich möchte das unterstreichen: Es ist ungesund, wenn Gesellschaft und Wirtschaft immer als etwas Getrenntes betrachtet werden. Wenn die Zeiten anspruchsvoller werden, sieht man das deutlich. In der Pandemie waren Unternehmen oft wichtige Referenzpunkte, weil wir für und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort sind. Wir haben viel Übersetzungsarbeit gemacht, was die Regeln angeht. Wir geben das Beispiel, wie zeitgemäßes Arbeiten und Leben – man lebt auch während der Arbeit – aussehen kann.

Tue Gutes und sprich darüber – worauf sollte man bei der Kommunikation von Diversitätsstrategien und -erfolgen achten, um Vorwürfe des „Purplewashings“ zu vermeiden?

Herlitschka: Man sollte die Dinge, die man tut, auch zeigen. Es ist wichtig, nicht nur kompliziert über das Thema zu reden, sondern Rollenmodelle zu schaffen. Es gab eine gewisse Mode, über Diversität zu sprechen; heute sind wir in einer Phase, in der es darum geht, die Dinge auch zu zeigen. Genau deshalb haben wir als Industriellenvereinigung einen Diversitätspreis ins Leben gerufen. Ich freue mich auch, dass Axel Kühner und ich gemeinsam dafür stehen – auch das ist Diversität; nicht nur aufgrund des Geschlechts, wir bringen viel Unterschiedlichkeit an den Tisch. Der Industrie wird manchmal vorgeworfen, zu verpöft und traditionell zu sein. Das sind wir nicht. Genau das wollen wir mit dem Diversitätspreis zeigen.

Kühner: In der Kommunikation ist es immer wichtig, dass man transparent ist. Man darf nicht so tun, als gäbe es die dunklen Seiten nicht. Dort, wo wir Defizite haben, muss man sie auch ansprechen. Dennoch ist es sehr wichtig, zu zeigen, dass es bei uns so viele Unternehmerinnen und Unternehmer gibt, die etwas Positives tun und damit Veränderung bewirken. Der Diversitätspreis soll auch zeigen, dass es sich lohnt, mutig zu sein und es anders zu machen.



INFORMATION

Der IV-Diversitätspreis „Spektrum“ wird heuer zum ersten Mal an Industrieunternehmen vergeben, die sich besonders für Diversität im Betrieb einsetzen.

Startup-Experte: „Politik muss die Freiheitsgrade schaffen“

Die TU München zählt dank des Startup- und Spin-off-Hubs „UnternehmerTUM“ zu den führenden Zentren für Gründung und Innovation in Europa.

„UnternehmerTUM“ gilt als Best Practice für universitäre Innovations- und Gründungszentren. Was ist Ihr Erfolgsrezept?

Philipp Gerbert: Die Ingredienzien des Erfolgs waren passionierte Personen, allen voran CEO Helmut Schönenberger, eine stetig erstarrende ‚unternehmerische‘ TU München, eine unbeeinträchtigte Gesellschafterin, Susanne Klatten, und die Schaffung eines eng vernetzten Ökosystems aus Forschung, Gründern, Unternehmern, Kapital und Politik und – last, but not least – eine attraktive Stadt, denn die Gründer müssen ja auch bleiben. Ich würde es nicht als ‚Rezept‘ bezeichnen; manches ist ‚Serendipity‘. Daher muss auch jede Region ihre eigenen Stärken suchen respektive bauen.

Die „UnternehmerTUM“ bietet ein breites Angebot für Ausgründungen aus der TU München an. Was waren die Beweggründe, darüber hinaus gezielt themenspezifische Venture Labs mit der TU und Industriepartnern einzurichten?

Die TUM Venture Labs zielen auf die Stärkung von Deep- Tech- und Life- Sciences-Gründungen. Hierzu braucht man eine starke

Infrastruktur – deshalb sind wir noch stärker in die TUM integriert. Zudem muss man Entrepreneurship mit domänenspezifischen Markt- und Technologiekenntnissen verbinden – deshalb haben wir Managing-Direktoren, welche von Aerospace bis Food-Agro, von Quantum bis Robotik, von Energy bis Healthcare und mehr diese drei Komponenten vereinen, und viel Unterstützung aus der Industrie. Das Einzigartige ist jedoch: Es ist keine Ansammlung isolierter Labs, sondern eine integrierte Organisation. Damit werden etwa Additive Manufacturing in Aerospace, Food oder im Bau, Quantum Sensing in der Chemie, Robotik und AI in Healthcare, in meiner Sicht die Hotspots der Innovation, optimal unterstützt.

Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, die Anzahl der Gründungen von universitären Spin-offs bis 2030 zu verdoppeln. Was braucht es aus Ihrer Sicht, damit mehr Deep-Tech-Spin-offs entstehen?

Die Universität muss voll dahinterstehen, es sollten unbedingt private Unternehmer und weitere Unterstützer gefunden werden, und

ZUR PERSON

Philipp Gerbert ist Geschäftsführer der TUM Venture Labs, eines Joint Ventures von Technischer Universität München und „UnternehmerTUM“, und Beirat von appliedAI. Davor war er 15 Jahre lang BCG Senior Partner.



die Politik muss die Freiheitsgrade schaffen und fallweise bei der Anfangsfinanzierung unterstützen.

Sie sind Quantenphysiker, Experte in Energietechnologien beziehungsweise Climate Action und zugleich Beirat von appliedAI – drei Technologiefelder in unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Wie kann Europa in Schlüsseltechnologien der Zukunft erfolgreich sein?

Die Politik kann drei Dinge machen. First, do no harm: Die angstgetriebene Regulierungswut der EU, von Biotech bis AI, treibt immer noch einen Teil unserer besten Gründer in die USA. Zweitens: Unterstützung

von Gründerzentren-Hubs – dies ist ein Hub & Spoke Business –, möglichst jenseits des „staatlichen Bereichs“. Zudem: Auftreten als Käufer für Prototypen in strategischen Feldern, etwa Aerospace oder Energy, wie die USA es tun. Drittens: Auf der Kapitalseite würden Investmentmöglichkeiten von Pensionsfonds und eine bessere Behandlung von Mitarbeiterbeteiligungen helfen.

Eine zentrale Rolle bei der Kommerzialisierung von Zukunftstechnologien spielt die Verfügbarkeit von Risikokapital. Wie sehen Sie hier die Rolle der europäischen Industrie?

Die wichtigste Rolle der Industrie ist, sich mit mehr Chancenfreude bei Aufträgen an Startups zu engagieren, Gründerzentren und Inkubatoren zu unterstützen und sich als Mentoren und Partner zu engagieren – ein starkes Ökosystem hilft allen. Auf der Kapitalseite sehe ich eher Risikokapital und Einzelpersonen, meist erfolgreiche Unternehmer; Firmen sind traditionell keine guten Finanzinvestoren.



WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie unter: www.tum-venture-labs.de

EVENT-TIPP

IV-Forum Digitale Transformation

Am 24. Oktober findet das 3. IV-Forum Digitale Transformation im Haus der Industrie in Wien statt. Im Rahmen der jährlichen IV-Digitalisierungsveranstaltung diskutieren nationale und internationale Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zu „Künstliche Intelligenz und rechtliche Rahmenbedingungen“ sowie „Manufacturing-X und Daten“. Thematisiert werden dabei u. a. die stark ansteigenden Möglichkeiten von KI-Lösungen für die Industrie, die zunehmende Regulatorik durch den AI Act der Europäischen Union sowie die Wertschöpfungspotenziale der Datennutzung und welche Rolle Initiativen wie Manufacturing-X dabei zukommt.



EUROPA AM WENDEPUNKT

Das geopolitische Machtgefüge der Welt verändert sich – Europa muss sich auf seine Stärken besinnen, wenn es eine wichtige Rolle im neuen Spiel der Mächte einnehmen will.

Europa muss sich seiner Stärken besinnen und sie ausbauen, wenn es in einer neuen multipolaren Welt eine Rolle spielen will. Die Weltordnung ändert sich in schnellen Schritten: Kooperationspartner wie die BRICS-Staaten-gemeinschaft eint trotz aller Unterschiede der Gedanke, ein Gegenmodell zum Westen etablieren zu wollen. Freiheit und Demokratie haben in einigen dieser Länder kein Monopol auf wirtschaftliche Erfolgsgeschichten, das bringt das Wohlstandsnarrativ der EU und befreundeter Demokratien unter Druck. Neben diesem Rütteln an den gesellschaftlichen Grundfesten des alten Kontinents bringen die Verschiebungen in der Weltordnung Lieferketten ins Wanken und wirtschaftspolitische Herausforderungen bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie,

Rohstoff-Muskelspiele geht: Mit August hat das Land die Ausfuhr von Gallium und Germanium beschränkt, diese Mineralien sind für die Halbleiter-, Telekommunikations- und Elektrofahrzeugindustrie von entscheidender Bedeutung. Die EU bezieht 71 Prozent ihres Galliums und 45 Prozent ihres Germaniums aus China.

Die Kontrolle kritischer Versorgungsketten könnte in Zukunft immer öfter genutzt werden, um politische – oder vielleicht sogar militärische – Ziele durchzusetzen. Um dem nicht hilflos ausgeliefert zu sein, braucht die EU aus Sicht der Industrie dringend mehr Tempo beim Abschluss und der Stärkung internationaler Handelsallianzen. Das betrifft das Abkommen mit den südamerikanischen Mercosur-Ländern, aber auch Partnerschaf-

„Es gibt unzählige eindrucksvolle Beispiele für wissenschaftliche Errungenschaften, die einen großen wirtschaftlichen Wert generieren; ein eindeutiger Beleg dafür, dass Europa zu Recht weiterhin in bahnbrechende Forschung investiert, um wettbewerbsfähig zu bleiben.“

Maria Leptin, Präsidentin European Research Council, am Salzburg Summit

die die Basis des Wohlstands in Europa ist. „iv-positionen“ beleuchtet drei Stärkefelder, auf die Europa die Scheinwerfer seiner Aufmerksamkeit richten sollte, um wieder eine wichtige Rolle auf der globalen Bühne einnehmen zu können.

Strategische Autonomie und starke Partner

In der grünen und digitalen Doppeltransformation liegen – richtig gemacht – für Europa große Chancen; hier kann der Kontinent mit Stärken punkten. Für die Umsetzung und den „laufenden Betrieb“ der transformierten Wirtschaft und Infrastruktur braucht es jedoch Rohstoffe und Komponenten aus anderen Weltregionen. Die Gefahr dabei liegt in einseitigen Abhängigkeiten von einzelnen oder wenigen Lieferanten – das musste die EU und insbesondere auch Österreich bei Russland als Erdgaslieferant schmerzhaft lernen. China zögert nicht, wenn es um

ten wie beispielsweise mit Australien, das derzeit sein gesamtes Lithium nach China exportiert und intensiv an der Herausforderung der Rohstoffweiterverarbeitung arbeitet, um das ändern zu können. Für Europa muss das Ziel eine strategische Autonomie sein, die ausreichend Handlungsspielraum lässt, wenn ein Glied in der Kette wegbriecht. Ein weiterer wichtiger Punkt ist es, bestehende Abhängigkeiten nicht einseitig werden zu lassen – während Europa bei Halbleitern auf Taiwan und andere asiatische Länder angewiesen ist, entstehen aus diesen Halbleitern europäische Mikrochips, die für die grüne

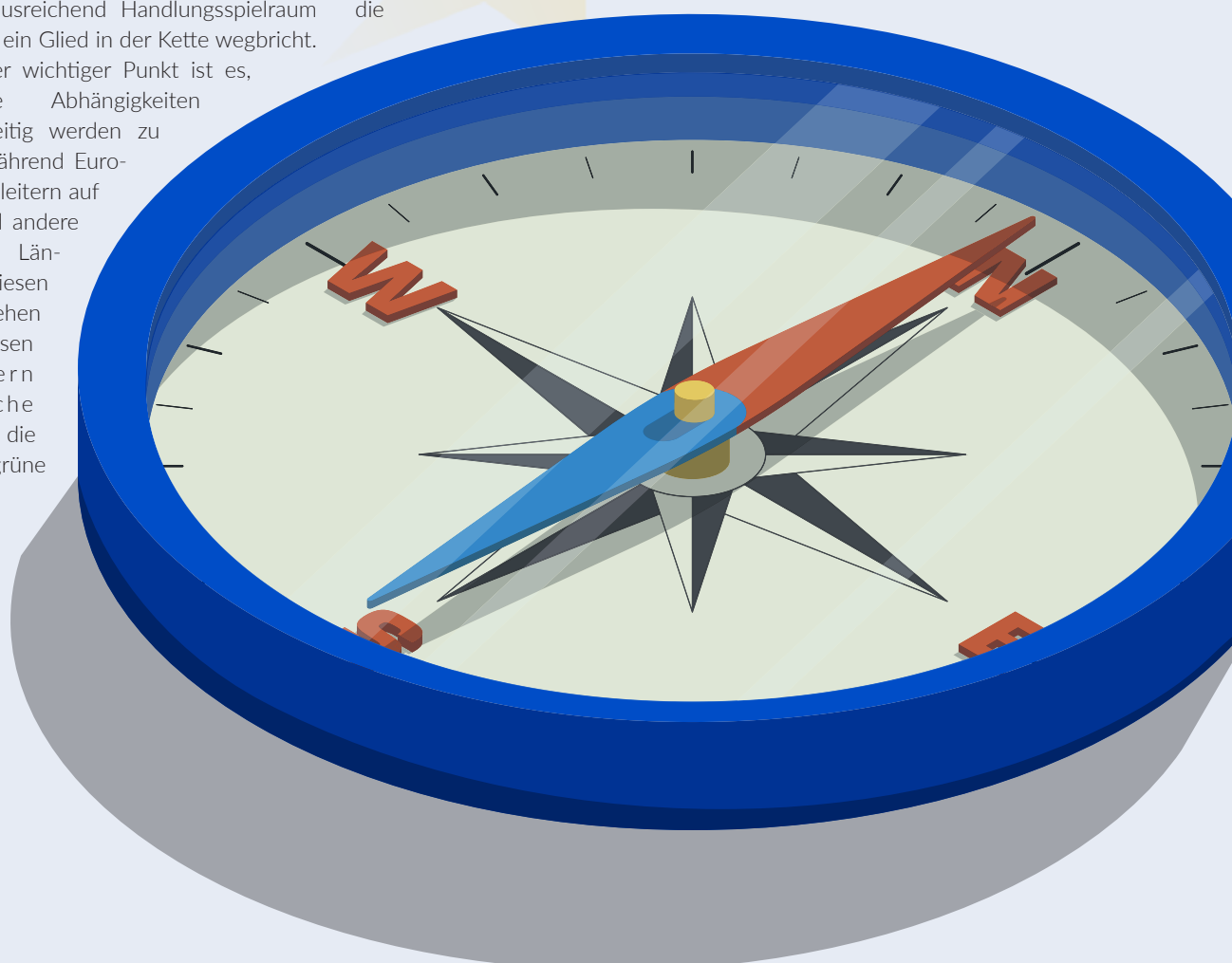
„Europa steht vor einem Wendepunkt – wird die EU ein globales Vorbild werden oder ein Mitläufer bleiben? Es ist wichtig, Europa wieder zu einem attraktiven Standort für Investitionen zu machen. Deshalb brauchen wir eine aktive europäische Industriepolitik, die auf die aktuellen Realitäten antwortet.“

IV-Präsident Georg Knill am Salzburg Summit.

Transformation auf der ganzen Welt essenziell sind; Mikrochips, die auch in Österreich produziert werden.

Innovation und Technologien

Es war einst die technologische Innovationskraft, die Europa im 19. Jahrhundert eine stürmische Industrialisierung brachte und dem vergleichsweise rohstoffarmen Kontinent damit eine globale Führungsrolle sicherte. Das war der Anfang einer großen europäischen Erfolgsgeschichte, mittlerweile jedoch dominieren andere Länder das Rennen um die technologische Vorherrschaft – allen voran die USA und China. Angesichts geopolitischer Dynamiken, unsicherer Lieferketten und zentraler Herausforderungen wie der grünen und digitalen Transformation ist es höchste Zeit, die vorhandenen Stärken Europas in Forschung, Technologie und Innovation klar auszubauen. Dabei gilt es, Innovationen aus der Grundlagenforschung konsequent in global erfolgreiche Produkte und Dienstleistungen umzuwandeln. „Die Schlüsseltechnologien der Zukunft sichern die technologische Souveränität und damit die Wettbewerbsfähigkeit Europas und Österreichs. Dabei sind die Forcierung der Zusammenarbeit in Ökosystemen aus Wissenschaft, Startups und Industrie sowie der Ausbau des Risikokapitalmarkts entscheidende Faktoren“, so die



zentrale Botschaft der Content Session des Vereins zur Förderung von Forschung und Innovation (VFI) und der IV im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach.

In der Grundlagenforschung ist Europa bei anspruchsvollen Technologien wie Quantencomputing und der Krebsimmuntherapie gut aufgestellt, dann fehle es aber an Fachkräften und langfristiger Finanzierung zur Weiterentwicklung und Kommerzialisierung, waren sich die Diskutantinnen und Diskutanten einig. Gerade für forschungsintensive Innovationen im Deep-Tech-Bereich braucht es einen langen Atem bei der Finanzierung – ein Punkt, in dem andere Weltregionen besser sind. „Daher müssen wir in Österreich und Europa unsere Anstrengungen erhöhen und mutig investieren, um technologieintensive Innovationen rascher und zielgerichteter in den globalen Markt zu bringen. Wir brauchen hier langfristige Strategien und klare Zielbilder auf nationaler wie auf EU-Ebene“, betont IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

„Um unsere Leit- und Zukunftsbranchen zu stärken und auszubauen, müssen wir die Technologiepolitik auch europäisch denken, europäische Initiativen für Schlüsseltechnologien gezielt nutzen und dafür Weichen im nationalen Herbst-Budget stellen“, so IV-Präsident Georg Knill bei einem Round Table zwischen Industrie und Politik anlässlich der Europe in the World Days in Alpbach. Das betrifft insbesondere europäische Initiativen wie den EU-Chips-Act, der F&E wie Investitionen umfasst, IPCEI und die Beteiligung an ESA-Wahlprogrammen. Ebenso müssen die FFG-Basisprogramme mit ihrer hohen Radarfunktion ausgebaut werden, um die erhöhte Nachfrage durch Transformationsprojekte zu decken. Auch braucht Österreich starke KI-Ökosysteme aus Wissenschaft und Wirtschaft, um die Potenziale zahlreicher Anwendungsfelder der künstlichen Intelligenz gezielt für den österreichischen Produktionsstandort zu nützen.

Qualifizierte Fachkräfte

Für die Absicherung einer gewissen strategischen Autonomie und der Weiterentwicklung und Kommerzialisierung von Innovationen braucht Europa vor allem eines: qualifizierte Fachkräfte. Allein in Österreich fehlen beispielsweise 40.000 MINT-Talente, und in wenigen Jahren kommen nochmals knapp 60.000 offene Stellen allein in den Schlüsseltechnologien dazu. Da die Bevölkerung schrumpft und in ihrer Struktur älter wird, ist einer der Schlüssel in diesem Bereich Migration. Bisher taugt diese in Europa zwar, den demografischen Wandel auszugleichen, sie bietet aber nur in einzelnen Ländern Linderung für die angespannte Lage am Arbeitsmarkt. Grund dafür ist unter anderem das niedrige Bildungsniveau von Flüchtlingen. Ein Schlaglicht auf das Problem wirft der jährliche Integrationsbericht für Österreich, der im August wieder präsentiert wurde: 70 Prozent jener Flüchtlinge, die im Jahr 2022 den Status als Asyl- oder subsidiär Schutzberechtigte erhielten und an einem Deutschkurs des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) teilgenommen haben, mussten einen Alphabetisierungskurs besuchen. Die Hälfte davon konnte nicht einmal in der eigenen Muttersprache lesen und schreiben. Auf Menschen mit guter Ausbildung üben Europa und Österreich eine geringere Anziehungskraft aus.

Die Probleme sind bekannt; sei es die Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse, die lange Genehmigungsdauer, die Notwendigkeit sprachlicher Nachweise, auch für Berufe, in denen Englisch gesprochen wird, oder die hohe steuerliche Belastung des Faktors Arbeit und die damit einhergehenden im internationalen Vergleich niedrigeren Nettolöhne. Im Rennen um internationale Fachkräfte in Wirtschaft und Wissenschaft geht es nicht nur um das Thema „EU gegen den Rest der Welt“ – auch innerhalb Europas verschärft sich der Wettbewerb und die Voraussetzungen sind ungleich verteilt. Der OECD-Index „Indicators

of Talent Attractiveness“ umfasst verschiedene Faktoren, die für qualifizierte Migranten bedeutsam sind, und zeigt, dass Österreich vergleichsweise wenig attraktiv ist: Im Ranking landet Österreich auf Platz 26 von 38 Industrieländern. Angeführt wird die Liste von Neuseeland, Schweden und der Schweiz; Deutschland landet auf Platz 15. Gründe für das schlechte Abschneiden Österreichs sind laut Auswertung vor allem die hohe Ablehnungsquote von Visaanträgen, die eher geringe gesellschaftliche Akzeptanz bzw. die häufige Beschäftigung unter dem

„Es gibt keine strategische Autonomie ohne Offenheit und keine wirtschaftliche Sicherheit ohne Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Eine ehrgeizige Handelspolitik ist von grundlegender Bedeutung, um geopolitische Risiken zu mindern und die wirtschaftliche Sicherheit und Widerstandsfähigkeit Europas durch Marktdiversifizierung zu erhöhen.“

Markus Beyrer, Director General BusinessEurope, am Salzburg Summit

Qualifikationsniveau von Migrantinnen und Migranten und die hohe Steuerbelastung des Faktors Arbeit. Laut Experten wird allein in Österreich in den nächsten zehn bis zwölf Jahren eine Lücke von rund 540.000 Erwerbstätigen entstehen. „Ohne qualifizierte Zuwanderung werden wir den Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel schon alleine wegen der Demografie nicht in den Griff bekommen. Es braucht rasch eine politische Strategie und einen gesellschaftlichen Konsens, qualifizierte Arbeitskräfte aktiv anzuwerben und sie dauerhaft in Österreich zu integrieren“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Mit Industrie-Leitbetrieben in Richtung Zukunft

Eine neue Studie im Auftrag der Industriellenvereinigung untersucht die Rolle von Industrie-Leitbetrieben für Forschung, Technologie und Innovationen in Österreich. Diese Unternehmen stehen alleine für rund 41 Prozent der gesamten F&E-Aufwendungen Österreichs.

In einer Welt, die mit immer neuen Herausforderungen zu kämpfen hat, avancieren Forschung, Technologie und Innovationen (FTI) zu Hoffnungsträgern für eine lebenswerte Zukunft – denn egal, ob es um die Bewältigung der Twin Transition, um medizinische Lösungen für eine alternde Gesellschaft, die Eroberung des Weltraums oder das Streben Europas nach mehr Souveränität geht: Technologie und Innovation rücken überall immer stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Welche Rolle Industrie-Leitbetriebe für FTI in Österreich spielen, wurde im Rahmen einer neuen IV-Studie durch das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) untersucht.

Leitbetriebe sind standortmobile Entscheidungszentralen internationaler Unternehmen in Österreich. Sie sind hochgradig mit anderen Akteuren am Standort vernetzt und lösen damit hohe Multiplikatoreffekte in der Volkswirtschaft aus. Die 275 bislang in Österreich identifizierten Industrie-Leitbetriebe

zeichnen damit nicht nur für rund eine Million Beschäftigungsverhältnisse und rund ein Viertel der heimischen Wertschöpfung verantwortlich; sie sind auch die Schlüsselakteure im FTI-System Österreichs. So investieren allein diese 275 Unternehmen rund 5,3 Mrd. Euro pro Jahr in F&E, was rund 41 Prozent der gesamten F&E-Aufwendungen Österreichs entspricht. Auch die Covid-Krise hat diesem hohen F&E-Engagement keinen Abbruch getan, denn selbst in den schwierigen Coronajahren haben die Leitbetriebe ihre F&E-Ausgaben weiter erhöht: um +2,7% (2020), +4,1% (2021) und +10,1% (2022). Leitbetriebe halten damit auch in stürmischen Zeiten ihren Innovationskurs; auch im Vertrauen darauf, dass die Politik diese Anstrengungen würdigt und die Weichen am Standort Richtung Zukunft stellt.

Leitbetriebe agieren aber nicht als Inseln im Innovationssystem, sondern sind hochgradig mit anderen nationalen und internationalen Akteuren vernetzt; Kooperationen

Produktion	220 Mrd. (30%)
Wertschöpfung	84 Mrd. (23%)
Beschäftigungsverhältnisse	1.008.000 (21%)
Arbeitnehmerentgelte	42 Mrd. (21%)
Arbeitnehmerinduzierte Abgaben	19 Mrd. (21%)
Investitionen	24 Mrd. (24%)
F&E-Ausgaben	5,3 Mrd. (41% gesamt bzw. 63% Unternehmenssektor)

sind der wesentliche Schlüssel zu ihrem Technologieerfolg. Drei von vier Unternehmen arbeiten intensiv mit Hochschulen zusammen, die ihre wichtigsten Kooperationspartner im F&E-Bereich darstellen – aber auch mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen (z.B. dem AIT), Startups, Zulieferern und Kunden wird kooperiert. Diese Kooperationsbeziehungen haben sich zum Teil schon in der Covid-Krise intensiviert und werden in den nächsten Jahren weiter deutlich ausgebaut werden.

Kooperationen stärken alle Partner. Sie lösen „Spillover-Effekte“ aus, wodurch technologische Fortschritte und Know-how auf andere Branchen, Akteure und Regionen übertragen werden. Um die Größenordnung der Spillover-Effekte durch Leitbetriebe abschätzen zu können, wurden ihre Kooperationsaufwendungen analysiert und mit jenen anderer Unternehmen verglichen. Die Ergebnisse beeindrucken:

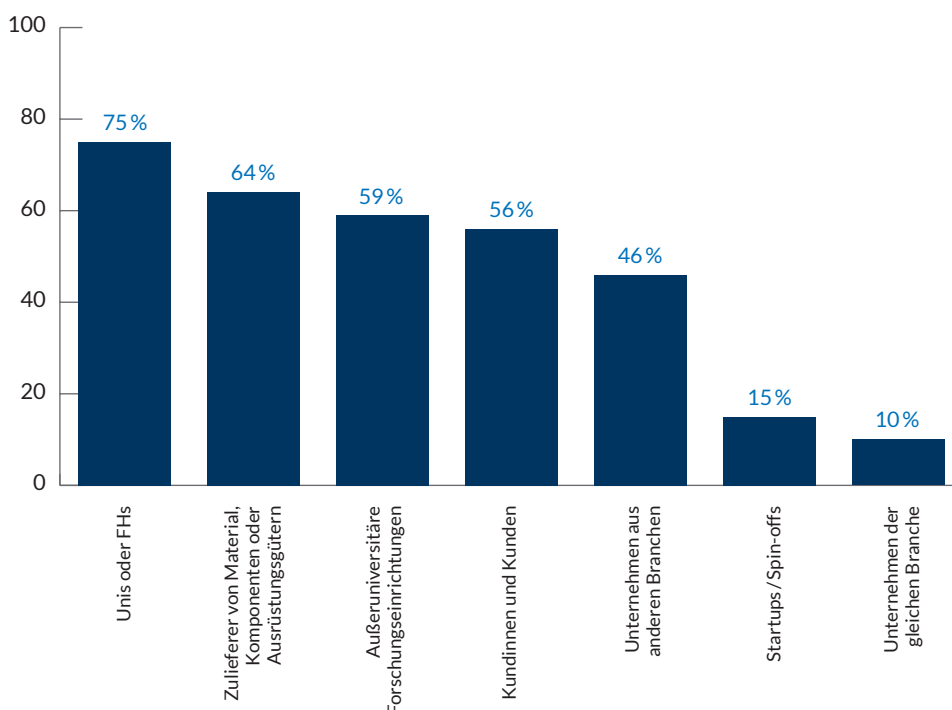
- Bei Leitbetrieben manifestieren sich sogar noch ausgeprägtere Spillover-Effekte – von jedem Euro an F&E-Ausgaben der Leitbetriebe fließen 18 Cent in Kooperationen im nicht firmeneigenen F&E-Bereich.

Damit zeigt sich nicht nur, dass durch die öffentliche Unterstützung von Unternehmens-F&E grundsätzlich das gesamte FTI-System in Österreich gestärkt wird, sondern es wird auch deutlich, dass Leitbetriebe anteilmäßig sogar mehr F&E-Mittel für Kooperationen mit anderen Einrichtungen bereitstellen, als sie über öffentliche Förderungen erhalten. Die Politik ist gefordert, diese einzigartige Unternehmensgruppe mit ganzer Kraft bei ihrem Engagement zur Entwicklung von Zukunftslösungen zu unterstützen.

2020	+ 2,7%
2021	+ 4,1%
2022	+ 10,1%

- In Österreich wird jeder Euro firmeneigener F&E mit 17 Cent aus dem öffentlichen Sektor unterstützt (zum Beispiel durch Förderungen). Im Gegenzug stellt der Unternehmenssektor von jedem F&E-Euro rund 14 Cent für Kooperationen im nicht firmeneigenen F&E-Bereich bereit.

Partnerinnen und Partner, mit denen in den letzten drei Jahren in F&E-Projekten kooperiert wurde



Neue MINT-Studienplätze an Fachhochschulen lindern Fachkräftemangel

Insgesamt will der Bund bis 2025/26 mehr als 1.000 zusätzliche FH-Studienplätze in den Bereichen MINT, Digitalisierung und Nachhaltigkeit finanzieren.

Der Mangel an qualifizierten Fachkräften ist in Österreich in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen besonders stark – ein Problem, das sich in den kommenden Jahren verschärfen könnte: Die heimische Industrie rechnet mit einem Plus von 55.500 neuen hoch qualifizierten Jobs im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) bis 2025 – fast 29.000 allein im IKT-Bereich. Vor diesem Hintergrund ist es eine gute Nachricht, dass mit dem aktuellen Wintersemester

350 zusätzliche MINT-Fachhochschulplätze in Österreich geschaffen wurden; der Löwenanteil der Plätze an fünf Fachhochschulen in Wien, Niederösterreich und Tirol entfällt auf den Bereich Informatik. Bildungsminister Martin Polaschek hatte Anfang Juli die Vergabe von 286 Bachelor- und 64 Master-Studienplätzen an FH Technikum Wien, FH Campus Wien, IMC Fachhochschule Krems, FH St. Pölten und MCI Innsbruck festgelegt. „Diese zusätzlichen 350 Fachhochschulplätze sind eine wichtige Initiative zur Linderung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich“,

sagt Gudrun Feucht, stv. IV-Bereichsleiterin für Bildung und Gesellschaft.

FHs als wichtige Partner der Industrie

Die IV hat sich in den vergangenen Jahren intensiv für einen Ausbau des FH-Sektors im MINT-Bereich eingesetzt. „Die österreichischen Fachhochschulen sind eine bildungspolitische Erfolgsgeschichte und unverzichtbare Bildungsinstitutionen bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels. Sie bieten attraktive und praxis- und berufsorientierte Ausbildungsangebote, die jungen

Menschen eine ausgezeichnete Ausbildung, verbunden mit einer schnellen und hohen Beschäftigungsfähigkeit, ermöglichen. Sie sind somit ein wichtiger und starker Partner der heimischen Industrie“, so Feucht. Die 350 neuen Plätze sind Teil des Fachhochschul-Entwicklungs- und -Finanzierungsplans, der bis in zwei Jahren einen Ausbau von insgesamt zusätzlichen 1.050 bundesfinanzierten Studienplätzen für MINT, Digitalisierung und Nachhaltigkeit vorsieht. Bis 2027 will der Bund insgesamt 2.625 zusätzliche Plätze finanzieren.

Wohin mit dem CO₂? Grabt es doch ein!

Die Welt steht im (Klima-)Wandel und der ganze Planet sucht nach Lösungen. Es ist mittlerweile überall angekommen, dass der CO₂-Ausstoß einer der hauptverantwortlichen Treiber der Klimaveränderungen ist.

Den meisten CO₂-Ausstoß verursachen die Sektoren Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft. Fieberhaft wird an alternativen Lösungen für den Energiesektor gesucht; mit Wind- und Solarkraftwerken sowie Wasserstoff ist man schon weit fortgeschritten, vorausgesetzt, man investiert in Infrastruktur und Weiterentwicklung. Dennoch ist es an der Zeit, sich Gedanken über die Verwendung bzw. Behandlung von CO₂-Emissionen zu machen. Es mag fantastisch sein, sich eine Welt ohne schädliche Mengen an CO₂ zu erträumen, realitätsnah ist das jedoch (noch) nicht. Es braucht eine Lösung für den CO₂-Ausstoß.

Ist Eingraben (technisch) die Lösung?

Eine der führenden Technologien ist Carbon Capture & Storage (CCS) oder auch Carbon Capture & Use (CCU). Als CCS werden mehrere Technologien zur Reduktion von Carbon-Emissionen durch Abscheidung (Capture) von Kohlenstoffdioxid (CO₂) aus industriellen Prozessen und die anschließende permanente Speicherung (Storage) im geologischen Untergrund bezeichnet. Die Technologien, um CO₂ abzuscheiden, sind mittlerweile sehr weit fortgeschritten und ausgereift.

Im Idealfall werden die abgeschiedenen Gase über Pipelines oder den Transportweg an eine Lagerstätte verbracht, wo sie in weiterer Folge in eine Gaslagerstätte (ein Reservoir) injiziert werden. Dabei muss die Lagerstätte hohen Anforderungen – etwa, was das Gestein betrifft – entsprechen. Nach der Injektion verbleibt das CO₂ im Untergrund und wird dem Kreislauf entzogen. Die Speicherung als solche ist, nach Prüfung der jeweiligen Lagerstätte, mittlerweile als unbedenklich anzusehen – schließlich hat die Lagerstätte vor der CO₂-Injektion z.B. Erdgas über ein paar Jahrtausende sicher gespeichert.

CCU hingegen ist die kommerzielle Nutzung des abgeschiedenen CO₂ etwa zur Zementherstellung oder für die Kunststoffindustrie.

Was spricht dagegen?

Sowohl Island und Norwegen als auch die USA und Kanada setzen diese Lösung bereits um. Österreich hätte aufgrund der vorhandenen Infrastruktur (Pipelines) und geologischen Beschaffenheit der Lagerstätten nahezu ideale Voraussetzungen für CCS-Verfahren; auch beschäftigt sich die weltweit renommierte Montanuni Leoben mit der Lösung. Es ist daher – so könnte man meinen – angerichtet.

Was derzeit allerdings dagegen spricht, ist das Bundesgesetz über das Verbot der geologischen Speicherung von Kohlenstoffdioxid aus dem Jahr 2011. Laut diesem wäre die geologische Speicherung von CO₂ ausschließlich zu Forschungszwecken, limitiert mit 100.000 Tonnen, zulässig. Das Gesetz basiert auf der europäischen Richtlinie 2009/31/EG, in welcher es den Mitgliedstaaten freigestellt wurde zu entscheiden, ob man CCS verbieten will. Jedoch hat die Kommission bereits festgehalten, dass ein (nationales) Verbot nicht dazu führen darf, dass alle Verpflichtungen aus der Richtlinie nicht umgesetzt werden müssen. So wurde gegen Österreich ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und es verpflichtet, Bestimmungen umzusetzen, die nicht die Speicherung, sondern z.B. den (sicheren) Transport von abgeschiedenem CO₂ gewährleisten. Die Durchsetzung der nicht die (freigestellte) Speicherung betreffenden Bestimmungen zeigt, dass die Kommission grundsätzlich ein großes Interesse an der Umsetzung von CCS-Projekten hat.

CCU ist vom Verbot nicht umfasst und zulässig, aber mangels Wirtschaftlichkeit

noch kaum umgesetzt und nur sinnvoll, wenn die Energieversorgung aus erneuerbarem Strom stammt.

Wollen wir CO₂ eingraben?

Nach dem oben zitierten (österreichischen) Gesetz musste die Bundesregierung erstmals am 31. Dezember 2018 vorlegen. Danach ist es jeweils im Fünf-Jahre-Rhythmus notwendig, einen aktuellen Bericht über die Evaluierung des Verbots unter besonderer Berücksichtigung der international gewonnenen Erfahrungen dem Nationalrat zu präsentieren. Die nächste Vorlage muss 2023 erfolgen. Wie die diesjährige Evaluierung (und Entscheidung über das Verbot) ausfallen wird, hängt leider – wie so oft in Österreich – nicht von wissenschaftlicher Evidenz ab, sondern dem politischen Willen. Aufgrund der Involvierung unterschiedlich gefärbter Ministerien ist der Konsens, so liest man, noch nicht gefunden.

Im Ergebnis ist CCS wissenschaftlich und technisch bereits sehr weit ausgereift. Österreich bietet ideale Grundvoraussetzungen für eine Umsetzung. Das Abscheiden von CO₂ führt zweifellos zu einem Beitrag gegen den Klimawandel – wir müssen es nur alle wollen.



WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie auf der Website des Club1031: www.club1031.at.



Der 19. August war „Pension Overshoot Day“ ...

Das restliche Jahr werden die Pensionen vom Staat gezahlt.

Wir haben nachgerechnet: Ab dem 19. August 2023 sind alle Einnahmen für Pensionen aufgebraucht. 195 Millionen Euro pro Tag (!) muss der Fiskus dann für das Pensionssystem bis Ende des Jahres aufwenden.

Wenig überraschend sind die staatlichen Pensionsausgaben mit 26 Milliarden Euro der größte Posten im Staatsbudget. Durch den im Gesetz verankerten Automatismus steigen die Ausgaben jedes Jahr stark weiter und es bleibt immer weniger Staatsbudget für notwendige Investitionen in unsere Zukunft.

Wir müssen uns langfristig ein neues, nachhaltig finanzierbares Pensionssystem überlegen, welches sich mehr an den eigenen geleisteten Beiträgen orientiert. Kurzfristig müssen wir Anreize schaffen, um Leute länger im Beruf zu halten. Dabei wären steuerliche Erleichterungen bei Arbeit nach Erreichen des Pensionsantrittsalters sowie der Entfall der Beitragspflicht zur Pensionsversicherung ein gangbarer Weg. Ein Positivbeispiel eines anderen Systems finden wir beispielsweise in Schweden: Dort gibt es ein fixes Pensionskonto und für jeden Einzahler die Wahl zwischen unterschiedlichen Anlagefonds auf dem Kapitalmarkt. Dadurch passt sich das System automatisch an die demografischen und ökonomischen Entwicklungen an und bleibt finanziell stabil.

Wo sind die mutigen Politiker, die sich trauen, eine echte Pensionsreform anzugehen?

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Händl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Aniko Benkö, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10× jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück.
Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland/BMK/Cajetan Perwein, IV-Kärnten/Eggenberger, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ, IV-Salzburg/wildbild, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/TIWAG/Winkler, IV-Vorarlberg, IV-Wien/schreinerkastler.at

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





TU-Graz-Studie als Grundlage für Wiederaufnahme des A9-Ausbaus

Die im August vorgestellte Studie der Technischen Universität Graz bestätigt für die Industriellenvereinigung Steiermark die Fehleinschätzung, die der Entscheidung des BMK über den Ausbaustopp an der A9 im Jahr 2021 zugrunde lag. Die Verkehrsuntersuchungen zeigen ein klares Ergebnis: Eine dritte Spur in beiden Fahrtrichtungen ist alternativlos und notwendig.

Das Land Steiermark hat nach der Ablehnung des Ausbaus der A9 durch den Bund eine unabhängige Verkehrsuntersuchung durchgeführt, um festzustellen, ob es Alternativen zum dreispurigen Ausbau gibt. Dabei wurde das Potenzial zur Verlagerung vom Straßenverkehr auf die Schiene unter Berücksichtigung der geplanten und weiterer möglicher zusätzlicher Maßnahmen im öffentlichen Verkehr geprüft. Die Analyse wurde mit einem detaillierten Verkehrsmodell durchgeführt und sollte klären, ob die für die nächsten Jahre vorgesehenen Verbesserungen im öffentlichen Verkehr sowie andere Mobilitätsmaßnahmen ausreichen, um die Pyhrn-Autobahn und die parallelen Landstraßen zu entlasten.

Ausgangssituation und Rahmenbedingungen

Im letzten Jahrzehnt verzeichnete der Süden von Graz eine erhebliche Zunahme des Verkehrsaufkommens, zwischen 2009 und 2019 stieg dieses auf der A9 um etwa 60 Prozent. Für das südliche Grazer Becken wird aufgrund seiner guten Verkehrsanbindung, der Nähe zur Landeshauptstadt Graz und der verfügbaren Flächen für die Wirtschaft bis 2040 eine Zunahme der Einwohner um fünf Prozent und der Arbeitsplätze um elf Prozent prognostiziert. Damit ein-

hergehend ist eine weitere Zunahme beim Verkehr zu erwarten. Die Auslastung der A9 beträgt heute 103 Prozent, was auch zu regelmäßig auftretenden verkehrsbedingten Verzögerungen bzw. Staus führt. Aufgrund dieser schon heute auftretenden Überlastungen wird der Straßenverkehr aktuell von der Autobahn auf das parallel verlaufende Land- und Gemeindestraßennetz verdrängt. Die Analyse im Grazer Süden zeigt zudem, dass der Großteil des Verkehrs (79,8 Prozent) derzeit auf den Individualstraßenverkehr entfällt, während der Anteil des öffentlichen Verkehrs (ÖV) bei 20,2 Prozent liegt.

Um die stark wachsende Region südlich von Graz infrastrukturell besser erschließen zu können, sind in den nächsten Jahren etliche wesentliche Vorhaben im öffentlichen Verkehr vorgesehen, wie z. B. die Eröffnung der Koralmbahn (inklusive begleitender Maßnahmen im Busverkehr), der Ausbau der GKB, der Straßenbahnausbau in Graz sowie Verbesserungen im Bereich der S-Bahn.

Ergebnisse der Untersuchungen

Mit der Eröffnung der Koralmbahn im Jahr 2025 kann der ÖV-Anteil für Fahrten von bzw. nach Graz auf 22,6 Prozent erhöht werden. Bis 2040 kann durch weitere Bahnausbauten und Verbesserungen im Busverkehr ein weiterer Zuwachs um

2,8 Prozent auf 25,2 Prozent möglich sein. Der Anteil des Straßenverkehrs reduziert sich dadurch zwar auf 74,8 Prozent, dies schlägt sich aber im parallel verlaufenden Landstraßennetz nicht nieder – denn trotz massiver Infrastrukturinvestitionen und Angebotsausweitungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs steigt die Auslastung der A9, wenn kein Ausbau erfolgt, aufgrund der Zunahme des Gesamtverkehrs bis 2040 auf 108 Prozent. Das bedeutet auch für das parallel verlaufende Landstraßennetz im Durchschnitt rund acht Prozent mehr Belastung.

Ein dreispuriger Ausbau der A9 würde nicht nur zu einer Senkung der Auslastung auf 78 Prozent führen. Die Untersuchungen zeigen, dass es durch den A9-Ausbau auch nicht zu signifikanten Verlagerungen des ÖV-Verkehrs zugunsten des Straßenverkehrs kommt, vielmehr werden bisher verdrängte Fahrten vom parallel verlaufenden Landes- und Gemeindestraßennetz wieder zurück auf die Autobahn gelenkt und dort effizient abgewickelt.

Argumente für den sofortigen Ausbau der A9

Die TU-Graz-Studie liefert zentrale Argumente, die für den raschen Ausbau der A9 sprechen:

- Die aktuellen Überlastungen der Autobahn führen dazu, dass der Straßenverkehr bereits auf das parallel verlaufende Land- und Gemeindestraßennetz ausweicht. Der Ausbau der A9 würde dazu beitragen, den Durchgangsverkehr wieder auf die Autobahn zu lenken und somit die Belastung der Land- und Gemeindestraßen sowie der Bürgerinnen und Bürger zu reduzieren. Dieser Ausbau ist unerlässlich, um die Stabilität des Gesamtverkehrsnetzes aufrechtzuerhalten und Nachteile für die betroffenen Gemeinden zu minimieren.
- Die geplanten umfangreichen Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs können die Situation vorübergehend stabilisieren, aber sie haben nur begrenzten Einfluss auf die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs, da der Gesamtverkehr weiterhin zunehmen wird. Der Ausbau der A9 würde den öffentlichen Verkehr kaum beeinträchtigen und steht somit nicht im Konflikt mit den Bemühungen zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs.
- Auch aus ökologischer Sicht ist der Ausbau notwendig – anderenfalls ist aufgrund des steigenden gesamten Verkehrsaufkommens mit einer weiteren massiven Stauzunahme und damit mit zusätzlichen Umwelt- und Klimabelastungen zu rechnen.



Steiermark bei Export und F&E weiter top

In den Sommermonaten wurden wieder zwei wichtige Indikatoren für den Wirtschaftsstandort Steiermark präsentiert: Bei der F&E-Quote festigte das Bundesland seine Spitzenposition, bei den Exporten wurde 2022 ein Rekord erzielt.

Warenexporte stiegen gegenüber 2021 um 3,2 Milliarden Euro

Die steirischen Warenexporte sind 2022 um 3,2 Milliarden Euro bzw. 12,6 Prozent auf 28,9 Milliarden Euro gestiegen – ein neuer (auch preisbedingter) Allzeitrekord. Im Bundesländervergleich lag die Steiermark damit auf dem dritten Platz hinter Oberösterreich und Niederösterreich. Deutschland ist weiterhin einsamer Spitzenreiter der steirischen Exportmärkte: Mit 7,7 Milliarden Euro (+9,9 Prozent gegenüber 2021) ging mehr als ein Viertel der hiesigen Exporte nach Deutschland. Auf Platz zwei folgen die USA mit 2,6 Milliarden Euro (+9,5 Prozent), an der dritten Stelle liegt Italien mit zwei Milliarden Euro (+19,7 Prozent). Auch China (1,5 Milliarden Euro, +15,6 Prozent) und Großbritannien (1,1 Milliarden Euro, -5,0 Prozent) überspringen die Milliardenmarke. Damit waren die fünf wichtigsten Märkte für 52,1 Prozent der steirischen Warenexporte verantwortlich.

Stahl, Papier und Fahrzeuge waren Exportschlager

Im Hinblick auf die Produkte trugen vor allem die Gruppen „Waren aus Eisen und Stahl“ (+42,7 Prozent) und „Papier und Pappe“ (+36,8 Prozent) zum Exportwachstum bei. „Fahrzeuge bzw. Fahrzeugteile“ sind weiterhin unangefochten die wichtigste Warengruppe der Steiermark; mit 6,7 Mrd. Euro stellten sie im Jahr 2022 insgesamt 23,3 Prozent aller Warenexporte. Dahinter folgten „Maschinen“ (3,4 Mrd. Euro), „Elektrotechnische Waren“ (2,5 Mrd. Euro) sowie „Waren aus Eisen und Stahl“ (2,2 Mrd. Euro).

F&E-Quote auf 5,17 Prozent gestiegen

Die Steiermark ist und bleibt das Innovations- und Forschungsland Nummer eins in Österreich – das zeigt die aktuelle Erhebung der Statistik Austria zu den

Forschungs- und Entwicklungsquoten für 2021. Mit einer regionalen F&E-Quote von 5,17 Prozent konnte die Steiermark ihren Top-Wert sogar leicht steigern und liegt damit vor Wien (4,04 Prozent) sowie Oberösterreich (3,58 Prozent) an der Spitze.

Industrie investierte zwei Milliarden Euro in F&E

Ein wesentlicher Grund für die herausragende Position der Steiermark sind die innovativen steirischen Unternehmen. Insgesamt werden in der Steiermark pro Jahr 2,67 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung ausgegeben, davon investieren die heimischen Unternehmen jährlich 1,98 Milliarden Euro, die Investitionen des öffentlichen Sektors betragen 691 Millionen Euro. Damit werden 74,1 Prozent der steirischen F&E-Ausgaben von den Unternehmen getätigt.



Eine wissenschaftsskeptische Ministerin?

In Österreich herrscht laut EU-Analysen eine überdurchschnittlich hohe Wissenschaftsskepsis. Laut neuester IHS-Studie stehen rund zehn Prozent der Österreicherinnen und Österreicher der Wissenschaft misstrauisch gegenüber; das müssen wir gesellschaftspolitisch und demokratiepolitisch im Auge haben. Hoffentlich zählt nicht auch die Bundesministerin für Mobilität, Leonore Gewessler, zu diesen zehn Prozent – und nimmt daher ernst, was eine Studie der Technischen Universität Graz jüngst ergeben hat: nämlich dass am dreispurigen Ausbau der A9 im Süden von Graz einfach kein Weg vorbeiführt. Egal, aus welchem Blickwinkel man die aktuelle Situation und die in der Arbeit dokumentierten Entwicklungen der kommenden Jahre auch betrachtet: Die bestehende Straßeninfrastruktur ist schon jetzt überlastet und kann uns auch bei massivem Öffi-Ausbau in keine gute Zukunft führen, weder wirtschafts- und standortpolitisch noch ökologisch.

Wir werden nicht müde, darauf hinzuweisen, dass dieses wichtige steirische Straßenstück als essenzieller Teil des Zugangs unserer exportierenden Industrie zu den südlichen Häfen und damit zu den Märkten in aller Welt zu betrachten ist. Dazu kommt seine Bedeutung im Bereich der Logistik im Großraum Graz (Stichwort: Cargo Center Graz) und als wesentliche Pendlerstrecke.

Ministerin Gewessler hat im Jahr 2021 den bis dahin fix geplanten und vorbereiteten Ausbau der Pyhrn-Autobahn zwischen Graz und Wildon mit einem Stoppschild versehen. Wie wir dank der Analyse der TU Graz nun wissen, basierte diese Entscheidung auf einer Fehleinschätzung. Schon damals haben wir kritisiert, dass eine professionelle Evaluierung der Bedarfe und Verkehrsentwicklungen zu erfolgen hat. Jetzt liegen diese Zahlen auf dem Tisch. Sie geben Ministerin Gewessler die Chance, die vor zwei Jahren getroffene Entscheidung auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse im Sinne von Umwelt und Menschen zu korrigieren.

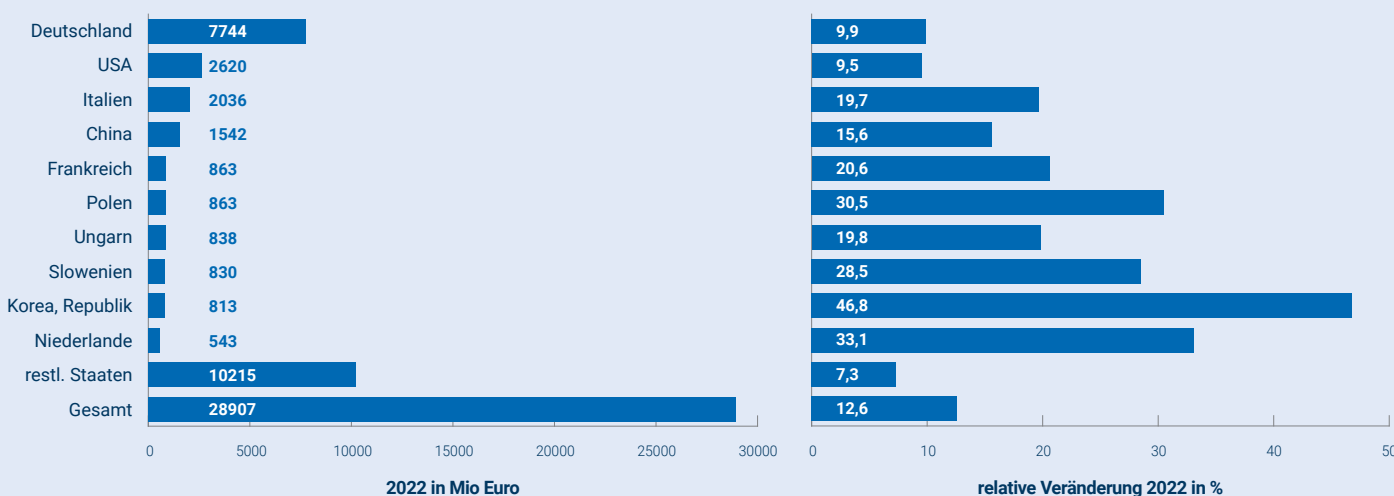
Faktenbasiertes Vorgehen statt Ideologie und Verzichtsszenarien – auf dieses Zeichen von Weitsicht und Verantwortungsbewusstsein zähle ich. Denn Wissenschaftsskepsis ist immer fehl am Platz, auch ein Jahr vor einer Nationalratswahl.

Meint Ihr

Stefan Stoltzka,
Präsident der IV-Steiermark

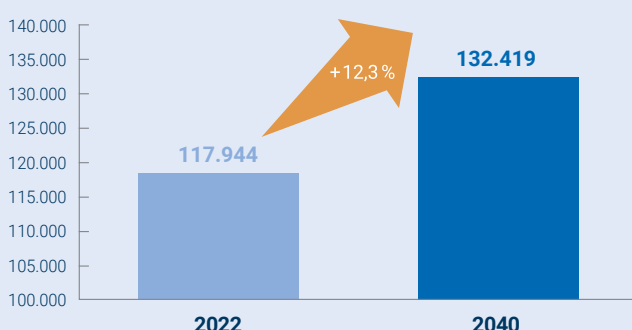
TOP 10 der steirischen Exportländer 2022*

* Quelle: STATISTIK AUSTRIA, vorläufige Ergebnisse; Darstellung Abteilung 12.



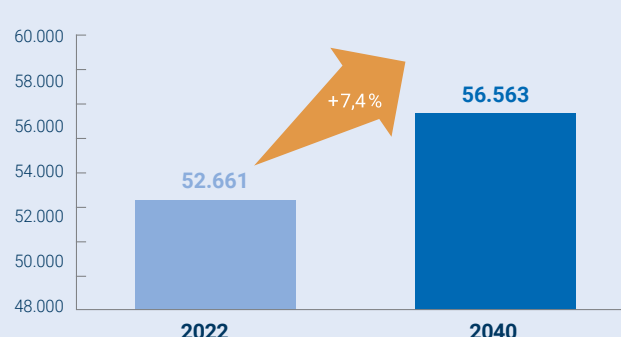
Entwicklung der Einwohner im Planungsgebiet

Anzahl Einwohner



Entwicklung der Arbeitsplätze im Planungsgebiet

Anzahl Arbeitsplätze





Wechsel im Führungsduo der Jungen Industrie Steiermark



Die neuen JI-Steiermark-Vorsitzenden Patrick Hirtl-Stelzer (l.) und Dominik Santner (r.) mit der JI-Bundesvorsitzenden Julia Aichhorn.

Die Junge Industrie Steiermark hat einen neuen Co-Vorsitzenden gewählt: Patrick Hirtl-Stelzer, Mitglied der Geschäftsleitung der Pengg Kabel GmbH, übernimmt das Amt von Julia Aichhorn, die seit Beginn des Jahres die Funktion der Bundesvorsitzenden innehat. Patrick Hirtl-Stelzer bildet gemeinsam mit Dominik Santner, COO der Anton Paar GmbH, den Vorsitz der JI-Steiermark.

Mit Patrick Hirtl-Stelzer folgt ein Vorstandsmitglied in die Funktion des Co-Vorsitzenden nach. Der gebürtige Obersteierer streicht im Rahmen seines Amtsantritts vor allem die Rolle der JI als Netzwerk und die damit verbundenen Chancen für den Erfahrungsaustausch der Mitglieder hervor. Dominik Santner, der das Amt bereits in der letzten

Funktionsperiode ausgeübt hat, sieht die Rolle der Jungen Industrie Steiermark auch stark als Sprachrohr für wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Themen. In diesem Zusammenhang betont er das Engagement seiner scheidenden Co-Vorsitzenden Julia Aichhorn, deren Einsatz und Herzblut es zu verdanken sei, dass sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene endlich mehr Mittel für die Verbesserung und den Ausbau der Kinderbetreuung eingesetzt werden.

Unterstützt werden die Vorsitzenden vom Team des JI-Steiermark-Vorstands, der sich für die Funktionsperiode 2023–2026 wie folgt zusammensetzt:

- DI Julia AICHHORN, MBA (Dr. Aichhorn GmbH und GIG Karasek GmbH)
- Ferdinand FLIESSER, MA (MAGNA

Powertrain GmbH)

- Ing. DI Andreas KLEINFERCHNER-HIRSCH (KNAPP Systemintegration GmbH)
- Ing. Josef MAIER, BA (ZETA Holding GmbH)
- Nikolaus MÜLLER-MEZIN, MSc (Müllex-Umwelt-Säuberung-GmbH)
- Kerstin OTTER, BA (Neuroth International AG)
- Hella RIEDL-RABENSTEINER, MSc (Geodata Informationstechnologie GmbH)
- DI Dominik SANTNER (Anton Paar) – JI-Steiermark-Co-Vorsitzender
- Ing. Patrick HIRTL-STELZER, MBA (Pengg Kabel GmbH) – JI-Steiermark-Co-Vorsitzender
- DI Elisa WIELINGER (Andritz AG)
- Mag. Nina ZECHNER, MBA – Geschäftsführung JI-Steiermark

SAVE THE DATE! Erfolgreich gegen den Fachkräftemangel

Trotz rückläufiger konjunktureller Entwicklung ist der Bedarf an qualifizierten Fachkräften größer als das Angebot. Die demografische Entwicklung stellt in diesem Zusammenhang Unternehmen im Süden Österreichs vor besondere Herausforderungen. Hinzu kommt, dass sich die Arbeitswelt im Wandel befindet und die erfolgreiche Gewinnung und Bindung

von Mitarbeitern in Zeiten von „New Work“ unter veränderten Rahmenbedingungen und Gesichtspunkten zu erfolgen hat.

Um Erfahrungen von HR-Verantwortlichen austauschen zu können und neue Impulse durch Good-Practice-Beispiele aus anderen Bundesländern zu erhalten, nehmen die IV und die Sparte Industrie der WK das 20-jäh-

rige Bestehen des Industrieforums Human Resources zum Anlass für ein Symposium zum Thema „Fachkräfte – Neue Wege in die Arbeitswelt der Zukunft“.

Die Konferenz findet am 21. November 2023 am Flughafen Graz statt. Nach Workshops von und für HR-Leiter (13.00 bis 17.00 Uhr) sind alle Mitglieder der IV-Steiermark zu einer

Keynote von Zukunftsforscher Sven Gabor Janszky eingeladen (Beginn: 17.00 Uhr).

Wir laden Sie ein, diesen Termin vorzumerken – eine Einladung erreicht all unsere Mitglieder per Mail.

Rückfragen jederzeit gerne an Katharina Huber (katharina.huber@iv.at)!

Erlebnis-Tester auf Tour durch den Science Garden

Wissenschaft und Technik fördern Neugier sowie aufgeschlossenes, kritisches Denken.

Seit 1,5 Jahren bietet der Science Garden steiermarkweit ein erlebnisreiches Programm für Kinder und Jugendliche. Auf der Plattform sciencegarden.at bündeln zahlreiche Anbieter von MINT-Schwerpunkten über 400 Erlebnisse rund um Technik und Naturwissenschaften. Was genau hinter den teils kostenlosen Angeboten steckt, haben 15 Erlebnis-Tester über den Sommer herausgefunden, in Videos festgehalten und über Social-Media-Kanäle sowie eine Medienpartnerschaft mit der WOCHE publiziert.

Die vielen Seiten des Abfalls

Die Sommertour der Tester startete in Gleisdorf, wo bei Binder+Co smarte Hightech-Maschinen zur ressourcenschonenden Rohstoffgewinnung und Altstofftrennung unter die Lupe genommen wurden. Wie winzige Sensoren das Trennen von Glas, Metall und Bauschutt übernehmen, wurde den Jugendlichen direkt im Betrieb erklärt. Mit Abfall einer sehr anderen Art beschäftigt sich die Biobank der Medizinischen Universität Graz:

Dort galt es, die weltweit größte klinische Sammlung von Körperflüssigkeiten und menschlichem Gewebe zu erkunden. Rund 20 Millionen Einzelproben werden in Graz eingelagert, das gibt es sonst nirgendwo.

Von Robotern bis hin zum Drohnenbau

Dass die Hochschulstadt Graz noch viel mehr zu bieten hat, erfuhren die Erlebnis-Tester an den Fachhochschulen – am Campus O2 wurden die vielen Seiten von Unternehmen entdeckt, sogar ein Industrieroboter konnte selbst mitprogrammiert werden. An der FH Joanneum ging es mit selbst gebauten Drohnen und dem Flugsimulator hoch hinaus; wer es lieber erdig mochte, erkundete die Mehlwurmszucht.

Fürs Köpfchen und die Hände

Das Motto „Voller Kopf voraus“ war im MINKT-Labor der Technischen Universität Graz angesagt: Beim Entwickeln von Computerspielen, also dem Game-Development, hieß es Köpfe zusammenstecken. Im Vulkanland war ebenfalls Fingerspitzengefühl

gefragt: Die Ausstellung Erlebniswelt Handwerk inklusive eines Besuchs der Lokomotivhalle oder der Fahrzeugausstellung im Südbahnmuseum hatte für die Erlebnis-Tester echte Handschlagqualität.

Das Fazit der Erlebnis-Tester? Der Science Garden bietet für jeden und jede genau das

richtige Erlebnis – von 3 bis 19 Jahren, und das in der ganzen Steiermark.

Natürlich gibt es das Testurteil auch als Video, abrufbar über den QR-Code im Foto. Der Science Garden wird koordiniert von Partnern der „innoregio styria“ – alle Details unter sciencegarden.at.

